

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 6

Sonntag, den 6. Februar 1922.

4. Jahrgang

Verlags-Gesellschaft „Lobzer Freie Presse“ in h. H. Wetzlar, 27. Wetzlarer- und die Geschäfts-Ordnung betreffende Vorschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter Paulus Wolff. Zum Abdruck bestimmte Manuskripte sind an den Schriftleiter Lohz, Obankstraße Nr. 118, zu richten. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzusstellung 20 RM. vierteljährlich f. Deutschland R. 4 20. — Bezugspreis für die sechs-gespaltenen Kleinzeile R. 40. — für Deutschland R. 4 5.

Um die Freikirche.

II.

Unserm heutigen Aufsatz legen wir nachstehenden Satz zugrunde: „Die sämtlichen einer evangelisch-lutherischen Ortsgemeinde zustehenden Rechte sind in den Schlüsseln des Himmelreichs begriffen, welche der Herr seiner ganzen Kirche ursprünglich und unmittelbar gegeben hat, und zwar also, daß dieselben jeder, der kleinsten, wie der größten, in gleichem Maße gehören. Matth. 16, 15—19; 18, 17—20 und Joh. 20, 22—23.“ (Die rechte Gestalt. S. 4).

Die „Schlüssel des Himmelreichs.“ Jedem von uns ist dieser Ausdruck aus dem Kleinen Katechismus her bekannt. Aber wohl nicht jeder hat mit dem Ausdruck einen richtigen Begriff verbunden. Unsere Kirchenväter erklären nun diese Schriftstelle dahin, daß mit „den Schlüsseln des Himmelreichs“ alle kirchlichen Rechte und Gewalten gemeint sind. So lesen wir in der „Harm. ev.“ zu Matth. 16, 19: „Das Wort Schlüssel des Himmelreichs beargüßigt also jene Amtsverrichtung, Gewalt und Machtvollkommenheit, vermöge deren alles verrichtet wird, was für das Reich Christi oder zur Regierung der Kirche nötig ist.“ Und Melancthon schreibt: „Es ist offenbar, daß in der heiligen Schrift die kirchliche Gewalt und die Schlüssel ein und dasselbe bedeuten.“ (Corp. Reformat. XII, 494)

Serner bezeugen unsere öffentlichen kirchlichen Bekenntnisse (die Schmalkaldischen Artikel, der Kl. Katechismus), daß diese Schlüssel der ganzen Kirche ursprünglich und unmittelbar, d. h. nicht erst mittelbar durch die ordinierten Prediger gegeben sind. So sagt der Herr: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, bin ich mitten unter ihnen u. s. w.“ Und Luther schreibt darüber wiederholt also: „Die Versammlung aller Gläubigen Christi, die allein hat diese Schlüssel, da sollst du nicht an zweifeln.“ — „Ein Kind in der Wiege und alle die den heiligen Geist haben, hat mehr Recht an den Schlüsseln, denn der Papst, so er nicht tut, wie ihm befohlen.“ — „Die Schlüssel sind der ganzen Gemeinde, aller Christen und eines jeden, der ein Glied ist derselben Gemeinde, und dasselbige nicht allein nach der Gewalt, sondern auch nach dem Brauch und nach allerlei Weise, die da sein mag.“ — „Die christliche Kirche hat allein die Schlüssel, sonst niemand, obwohl sie der Bischof oder Papst können brauchen, als die, welchen es von der Gemeinde befohlen ist.“ Aus diesen und vielen anderen Zeugnissen geht klar hervor, daß in der christlichen Kirche jeder einzelne Gläubige, auch

der Geringste, ein unverlethliches Recht an den durch Christus verliehenen Schlüsseln hat.

Es ist ferner ein Irrtum, wenn man (wie heutzutage bei uns) behauptet, daß eine Ortsgemeinde, um alle Kirchenrechte zu haben und ausüben zu können, mit anderen Gemeinden äußerlich verbunden sein und mit ihnen unter einem Konsistorium oder sonstigen Kirchenregiment stehen müsse. Auf dieser Lehre ist z. B. das Papsttum gegründet. Luther sagt ausdrücklich: „Alle Kirchen sind gleich und ist nur eine einzige christliche Kirche in der Welt.“ So sagte er schon bei der Leipziger Disputation: „Die Kirche würde wohl stehen bleiben, wenn schon der Dorfpfarrer zugleich Bischof, Erzbischof und Papst wäre und die Gemeinden bloß durch Eintracht aneinander hingen.“ Heghhusius schreibt: „Ein geringes Häuflein von 10 oder 20 Personen, das Christum recht bekennt, hat eben so große Gewalt im Reiche Christi, als eine Kirche von vielen tausend Personen.“ In Seckendorfs „Historia Luthoranismi“ (Geschichte des Luthertums) lesen wir: „Also ist am sichersten, daß man bei dem Grunde bleibe, den Christus selbst damit gegeben, daß er vermeinet: Wo zwei oder drei (geschweige denn eine größere Gemeinde) in seinem Namen versammelt sein, so wolle er mitten unter ihnen sein, woraus denn folgt, daß auch eine solche Versammlung und Gemeinde an und für sich selbst Macht habe, alles dasjenige zu tun und zu bestellen, was zur Uebung ihres Gottesdienstes erfordert wird, indem eine solche Versammlung, ob sie gleich eine innerliche Gemeinschaft und Gleichheit des Bekenntnisses oder der Religion mit andern Christen hat, dennoch äußerlich aus Notwendigkeit und Schuldigkeit an niemand anders gewiesen wird.“ — und weiter wird ausgeführt, daß die einzelne Gemeinde das Recht hat, ihre Prediger und Vorsteher zu erwählen und anzustellen ohne sie „in ein Konsistorium oder vor einem Bischof zur Ordination zu schicken.“

Wir sehen also immer deutlicher, daß ein Konsistorium in der evangelischen Kirche entbehrlich, d. h. nicht unbedingt nötig ist. Und wenn es obendrein — wie das unsere — um die geistliche Versorgung der Gemeinden sich wenig kümmert, dagegen sich in die Händel der Welt einmischt, um politische Lorbeeren in seinen Ruhmeskranz flechten zu können, dann müssen wir abermals mit Luther sprechen: „Wir müssen das Konsistorium zerreißen“ und hinzufügen, „denn wir wollen kurzum die Politiker und einen ksiadz-biskup nicht drinnen haben.“ Nein, wir müssen nicht nur so sprechen, sondern müssen unseren Worten auch die Tat folgen lassen, indem wir uns vom Konsistorium losreißen und uns als freie, evangelisch-lutherische Ortsgemeinden erklären und neue Seel-

forger berufen, wenn die gegenwärtigen nicht gewillt sein sollten, den freien Gemeinden zu dienen. Unsere Glaubensgenossen in Amerika werden uns solche für die erste Zeit gern herübersenden. In der Zukunft werden wir wohl in der Lage sein, sie aus unserer Mitte zu bekommen. J. W.

Dies und Jenes aus dem Kreise Lipno.

In Międzybuz ist endlich die Frucht gereift, zu der P. Michalis seinerzeit das Samenkorn gelegt hat: die dortigen Deutsch-Evangelischen haben ihre Schule endgültig verloren. Es wurde hier schon erwähnt, daß durch seine Schuld (oder Verdienst, wie er es nennt) die Schulen Lipno, Łakie, Jastien, Międzybuz und Fabianki polnischsprachig geworden sind. Lipno bald nach Fortgang der Deutschen. Herr Michalis hatte die Schule dem Magistrat übergeben, angeblich aus dem Grunde, weil die Schulgemeinde das hohe Lehrgeld nicht aus eignen Mitteln habe aufbringen und pünktlich zahlen können. Die Schule wurde städtisch. Das Gehalt — regelmäßig gezahlt. Die Unterrichtssprache — polnisch. Der deutschen Sprache die „gebührende Stundenzahl versichert“ — und das Ideal einer deutschen Schule ward für Lipno erreicht.

Trotz der Anstrengungen des besorgten Seelsorgers folgten die ländlichen Schulgemeinden dem Beispiel Lipnos nicht. Sie behielten ihre Schulen, lösten die Schulgemeinden nicht auf.

Im März 1919 nahm ihnen das Ministerium die „Last“ des Gehaltzahlens ab. Die Schulen wurden verstaatlicht, die deutsche Unterrichtssprache belassen, wenn die Eltern dies durch Einreichung von Deklarationen forderten. Nun hatten die Gemeinden das, was für Lipno unter Preisgabe der deutschen Sprache erkauft worden war und dazu noch das Recht auf die Muttersprache in ihren Schulen.

Dies paßte natürlich dem gewissenhaften Seelsorger nicht. Lipno wäre ihm ja stets als ein lebendiger Vorwurf vor Augen gestanden, und er wollte doch ein ruhiges Gewissen haben. Darum bot er seinen ganzen Einfluß auf, den Leuten zu beweisen, daß sie in Polen kein Recht auf deutsche Schulen hätten. Zu russischer Zeit sei es so und so gewesen, und wir wären Deutsche geblieben. Wir könnten jetzt auch nicht mehr verlangen als „gebührende Berücksichtigung“ unserer Sprache als Unterrichtsfach. Die Unterrichtssprache müßte unbedingt die polnische sein. Er betonte, daß der Ministerratsbeschluss vom 3. 3. 1919 weiter nichts als ein Prüffstein der Gesinnung der Deutschen sei: man werde diejenigen achten und als treue Bürger behandeln, die sich für die polnische Unterrichtssprache erklären.

jene aber als Staatsfeinde ansehen, welche die Beibehaltung der deutschen Sprache in den Schulen fordern werden. Nun könnten sich alle, die sich durch Zugehörigkeit zum „Deutschen Verein“ bloßgestellt hatten, in den Augen der Regierung reinwaschen oder noch mehr bloßstellen u. s. w. Es gab schon damals zweierlei Lehrer in der Gemeindef. Völkischbewußte, zu ihnen gehörten vornehmlich die jüngeren, und völkisch gleichgültige, deren Grundsatz war und ist: Ruhe haben: Keine Unannehmlichkeiten. Dem Herrn Pastor als dem „Vorgesetzten“ ja nicht zuwider handeln. Er muß es doch besser wissen. Er hat zu befehlen, wir zu gehorchen!

Schon seit 1905 hatten sich die beiden Lager gebildet, zur Zeit der Okkupation aber ziemlich scharf abgegrenzt, wobei die „alte Garde“ (so nannte Herr Michelis seine Parteigänger unter den Lehrern) so etwas von oben auf die Gegner herabschaute.

Diese Herren bliesen nun ganz gewaltig mit in Michelis' Horn. Und wenn er „i“ anstimmte, tönte es aus dem Lager der Garde getreulich „ja!“ zurück, so daß ein ganz deutscher Klang erscholl, der noch immer vielen Leuten als das Höchste in der Tonkunst gilt. Und so fielen die oben genannten Gemeinden, durch die schöne Musik bezaubert, gründlich hinein. (Die Mehrzahl der Gemeinden hörte auf ihre Lehrer und reißte sich die Muttersprache für die Schulen).

Jene haben im Laufe der Zeit ihre Torheit einzusehen gelernt. Die Leistungen der deutschen Schulen sind ganz andere als die der polnischen mit deutschen Kindern! Jasien-Sadki ist es gelungen, die deutsche Unterrichtssprache zurückzugewinnen. Durch ihr Beispiel ermuntert, hatten auch die Mioduser ihr Glück durch neues Einreichen von Deklarationen versuchen wollen. Der Wahrheit zur Ehre sei's betont, daß H. Michelis, den Verlust der Schule an die Katholiken (nicht Polen) befürchtend, den Bestrebungen der Mioduser nicht hindernd im Wege stand, somit es fertig brachte, seinen Überzeugungen von 1919 entgegen zu handeln. Aber der Lehrer am Orte war beständiger als sein Pastor: „Herr, du kannst doch nicht leren! Du tratest damals so nachdrücklich für die polnische Sprache ein, bist du heute andern Sinnes geworden? Tut mir leid, aber ich kann Dir hierin nicht folgen, bin schon alt, mein Sinn starr und steif, kann sich so leicht nicht mehr ändern und schmiegen.“ — Und so erklärte sich der Lehrer, dem Geistlichen und der Gemeinde zum Trost für Beibehaltung der polnischen Unterrichtssprache in der Schule zu Miodusy!

Um die ganze Angelegenheit endlich zu erledigen, ist nun von maßgebender Seite beschlossen worden, die evangelische Schule in Miodusy aufzulösen und sie der mehrklassigen polnisch-katholischen Schule in dem nahen Dorfe Wielgie anzugliedern. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

So ist denn nun wieder eine Schule, die Pflanzstätte evangelisch-deutscher Geistesart hätte sein können, für unser Volkstum verloren. Die Mioduser werden ihrer Schule wohl Eränen nachweinen. Gehörte doch das Mioduser Schulgebäude zu den schönsten und zweckmäßigsten Schulhäusern des ganzen Gouv. Plock. Es war lange vor dem Kriege unter großer Aufopferung von den dortigen Deutsch-Evangelischen erbaut worden und gereichte uns Allen zur Ehre und Zierde.

Ein gleiches Schicksal droht der Schulgemeinde Fabianki. Aufgewacht aus dem Taumel, in den sie durch H. Michelis Zaubersprüche versetzt worden waren, verglichen die Leute die Leistungen ihrer Schule mit denen der deutschen Nachbar-

Nun greifen die Armen zu dem dümmsten Mittel, das es geben kann: sie schicken die Kinder nicht zur Schule. Wenn um Ostern herum noch 10 in der Schule sind, ist's sehr viel. Die Schulbehörde aber sagt: In Fabianki scheint keine evangelische Schule nötig zu sein und droht mit Schließung der Schule, wenn sich der Schulbesuch nicht bessern wird.

Eine noch sonderbarer anmutende Geschichte erzählte man mir aus der Kolonie Bogpomoż an der Weichsel. Eine Herrenkolonie, durch ihren Reichtum und die Eigenartigkeit der Bewohner bekannt, zu den ältesten Kolonien in Polen gehörend. Hier hatten die Eltern 1919 Deklarationen für die deutsche Unterrichtssprache eingereicht. Heute sollen dort einige Freunde des Herrn Michelis eine eifrige Agitation für Einführung der polnischen Sprache betreiben. Sie sollen sich dabei sogar unredlicher Mittel bedienen, so soll z. B. der Name eines Mannes unter das Bittgesuch um Einführung der polnischen Unterrichtssprache gesetzt worden sein, der von dem Gesuch nicht einmal eine Ahnung hatte u. dgl. Wenn ich die Sache jetzt schon vor die Volksfreundgemeindegemeinde zur Sprache bringe, so geschieht es, um etwa dem Schlimmsten vorzubeugen.

Den Leuten von Bogpomoż möchte ich zurufen: Besinnt euch, ehe es zu spät ist! Bedenket, was ihr bestziet und worum euch blinde Nörgler bringen wollen und stehet entschlossen ein für eurer Muttersprache heiliges Erbe!

Bevor ich aber den letzten Punkt sehe, muß ich es nochmals betonen: das sind die Früchte der Wirksamkeit des Pastors Michelis, der heute „einzig für die Ehre Christi, zum Heil unserer teureren lutherischen Kirche und zum Wohl unserer Heimat“ ein evangelisches Wochenblatt herausgibt, von dem ich leider noch nichts weiter sagen kann, als daß es nach Kleister recht, weil es mit Schere und Kleister zusammengestickt ist. Er wird durch das Blatt im Großen das erreichen wollen, was es in Lipno im Kleinen erreicht hat. — Ihn klage ich an! Karl Oswald.

Winternacht.

Verschnelt liegt rings die ganze Welt,
Ich hab' nichts, was mich fruet,
Verlassen steht der Baum im Feld,
Hat längst sein Laub verstreuet.

Der Wind nur geht bei stiller Nacht
Und rüttelt an dem Baume,
Da rührt er seine Wipfel sacht
Und redet wie im Traume.

Er träumt von künft'ger Frühlingszeit,
Von Grün und Quallenrauschen,
Wo er im neuen Blütenkleid
Zu Gottes Lob wird rauschen.

J. v. Eichendorff.

Aus Welt und Heimat.

Traditionelle Toleranz. Vor einigen Tagen erhielten eine Anzahl Forstarbeiter der Oberförsterei Klausenau bei Dirschau die Kündigung zugesellt. Als Grund der Kündigung wurde die deutsche Nationalität angegeben. Gleich zeitig mit der Kündigung überraschte sie, wie die „Dusch. Zg.“ berichtet, das Verlangen, die Wohnungen bis zum 1. Februar zu räumen. Dabei haben die Arbeiter jeder 10—20 Morgen fiskalisches Land, das natürlich im Herbst bearbeitet und zum Teil befristet ist. Zäune sind von den Arbeitern aus eigenen Mitteln um die Häuser errichtet, und das alles sollen sie am 1. Februar verlassen, nicht etwa weil sie ihre Häuser nicht erfüllen

sondern weil sie der deutschen Nationalität angehören.

Zu einem Fabrikbesitzer in Lodz in der Karolstraße kam vor einigen Tagen ein Arbeiter mosaischen Berrenninijes und bat um Arbeit. Nachdem er angestellt worden war, legten die anderen Arbeiter dagegen Protest ein und verlangten unter Androhung eines Streiks die Entlassung des Juden. Die Angelegenheit führte schließlich zu einem Streik. Der Fabrikant widersetzte sich jedoch ganz entschieden den unbegründeten Forderungen der Arbeiter, die denn auch schließlich den andersgläubigen Berufsgenossen in der Fabrik beließen.

Im Sejm gelangte zur Durchsprache (nach einer zweijährigen Unterbrechung) das Gesetz betreffs der Volksschulen. Einige Abgeordnete machten dem Ministerium der Volksaufklärung zum Vorwurf, daß es mit dem Bau von Schulgebäuden sehr langsam vorwärts gehe. — Das Interesse der Abgeordneten war, was besonders auffiel, für die Fragen der Volksbildung sehr flau, — die Abgeordnetenliste waren meist leer. In der Frage der Schulen für die Volksminderheiten ergriff der Abgeordnete Schipper das Wort. Er hob hervor, daß gegenwärtig die Schulen der Minderheiten auf Grund der bestehenden zeitweiligen Schulgesetze furchtbar zu leiden haben. Die betreffenden Schulen werden einfach erdroffelt. Es tut not, daß mindestens binnen zwei Monaten seitens der Regierung ein Gesetz zur Regelung des Schulwesens der Minderheiten dem Sejm vorgelegt würde.

Deutsche Weihnachtsfeier in einer polnischen Schule! Die staatliche Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache im deutschen Koloniatendorf Karolew, Kreis Lomza, veranstaltete auch in diesem Schuljahre eine Weihnachtsfeier, zu der sich eine recht zahlreiche deutsche Gesellschaft eingefunden hatte, so daß der Schulraum nicht alle bergen konnte. Der dortige Lehrer sparte keine Mühe, um die Feier so schön wie möglich zu gestalten. — Die Feier fand am 24. Dezember v. J. statt. Unter Begleitung der Karolower Possaisten erscholl das Gemeinlied: „Lobt Gott, ihr Christen, all' zugleich.“ Nach dem üblichen Gottesdienste, der durch das Lied: „Schweig, ihr ersten Glocken, schweig“ verschönert wurde, begann die eigentliche Feier. Sie bestand in Aufführungen, Vorträgen und Gesang. Den Anfang bildete das Begrüßungsgedicht, das von einer Schülerin sehr gefühlvoll vorgetragen wurde. Es folgte das Weihnachtsmärchen in fünf Aufzügen: „Aoni und Friedel“. Nach der Aufführung folgte das dreistimmige Lied: „O du heilige, selige Nacht“ und Gedichte. Den Schluß der Weihnachtsfeier bildete das Stück: „Knecht Ruprecht und die Waldklausen.“

Am heiligen Epiphaniastage fand im Anschluß an den Gottesdienst die Aufführung: „Die Weisen aus dem Morgenlande und der Wunderstern“ statt. Die Kinder, die an der Aufführung teilnahmen, erlitten ihre Sache zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden.

Vollouf befriedigt endete die große Weihnachtsfeier. Trotdem in der Schule kein Brocken deutschen Sprachunterrichts erteilt wird, ist es dennoch gelungen, die Feier nach alter, echt deutscher Sitte zu veranstalten. Das Erbe unserer Väter wollen wir weiterhin, trotz verschiedener Hindernisse, die uns in den Weg gelegt werden, pflegen und in Ehren halten. Bedauerlich ist es nur, daß 27 deutsche Kinder ohne jeglichen deutschen Unterricht aufwachsen. Mit der festen Zuversicht auf Gottes Hilfe wollen wir einer besseren Zukunft entgegensehen! Alfons Stenzel, Karolew.

Anmerkung der Schriftleitung. Dieser kurze Bericht ist noch ein Beweis mehr, in was für traurige Umstände deutsche Kinder und Eltern verstrickt werden können. Wohllich, das Gesetz vom 3. März 1919 muß so schnell wie möglich einer gründlichen Durchsicht und Verbesse-

zung unterzogen werden, sonst wird ein Teil unserer alten deutschen Schulen unbarmherzig erdrückt.

Evangelisch-lutherischer Besuch aus Amerika. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Wisconsin-Synode in Nord Amerika beschlossen, einen offiziellen Vertreter auf mehrere Monate nach dem ehemaligen Kongreß Polen zu entsenden. Dieser wird ausgangs Januar abreisen, um mehrere Monate in Lodz zu bleiben. Die Wisconsin-Synode und die Missouri-Synode gehören zur Synodal-Konferenz. Es besteht Lehrenmigkeit, wenn auch in der Wisconsin-Synode ein mehr liberaler Geist vorherrscht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Evangelisch-lutherischen von Lodz und Kongreßpolen überhaupt den geschätzten Gast aus Amerika warm begrüßen und ihm einen Aufenthalt in unserem Lande in jeder Hinsicht so gestalten werden, daß er den rechten Eindruck von unseren Polen davontragen wird.

Von der deutschen Mittelschule in Sompolno. Am 28. Dezember v. J. strömte von weit und breit die Landbevölkerung zusammen, um an der vom Gymnasium veranstalteten Weihnachtsfeier teilzunehmen. Das Programm war reichhaltig, und es wechselten in bunter Reihenfolge Vorträge, Klavierstücke von Lehrern und Schülern vorgetragen, Gedichte und drei Weihnachtslieder ab. Besonders gut gelang das Theaterstück: „Das letzte Weihnachtsbaumchen.“ In gehobener Stimmung und mit den besten Wünschen im Herzen für das Weitergelingen der Schule verließen die Gäste spät abends den Saal. Am Sonntag, den 15. Januar wurde das Fest auf Verlangen wiederholt. Das Gymnasium entwickelte sich im allgemeinen gut. Bewährte Lehrkräfte arbeiten an ihm, zwar nur für ein sehr kleines Gehalt, aus rein ideellen Gründen, aber auch die deutsche Landbevölkerung aus der Umgegend tut, ungeachtet der auf ihr schwer lastenden Steuern, das möglichste und spendet keine Opfer für die ihr lieb gewordene deutsche Schule. Und wo Tüchtigkeit und Liebe für die Sache Hand in Hand gehen, da ist eine sichere Grundlage für das Bestehen einer guten Sache gegeben. A.

Das Eisenbahnministerium gibt bekannt, daß ab 1. Februar die vollständige Verantwortung für familiäre Waren und Güter, die mit der Eisenbahn verschickt werden, seitens des Ministeriums übernommen wird. Bisher wurden nur für 50 pCt. des Wertes der verladenen Güter gestrichelt.

Die mitteleuropäische Zeit soll laut Beschluß der Sejmkommission vom Sommer d. J. in Polen eingeführt werden. Dies erweist sich als nötig, da im Sommerfahrplan ein einheitlicher Verkehr von Schnellzügen zwischen den verschiedenen europäischen Staaten durchgeführt werden soll.

Das Ministerium für Landwirtschaft gab die Erlaubnis zur Ausfuhr von 15000 Tonnen (eine Tonne gleich 6 Pud) Gerste nach dem Auslande. Die Gerste soll in Gestalt von Malz, der sich einer regen Nachfrage im Auslande erfreut, ausgeführt werden.

Sitt einen regelrechten Handel mit Eiern haben sich seitens eine ganze Anzahl kaufmännischer Gesellschaften gebildet. Laut Berechnung kann Polen jährlich von 1000 bis 1500 Waggon an das Ausland liefern.

Einstellung der Eierausfuhr aus Polen. Das polnische Haupt-Ein- und -Ausfuhramt hat beschlossen, bis zum Beginn der neuen Eieraison keine Ausfuhrgenehmigungen für Eier zu erteilen. Es ist also zu erwarten, daß die Preise für Eier sinken werden.

Der Finanzminister Michalski erließ an sämtliche Beamten die Weisung, daß allen Staatsbeamten (hierin auch Lehrern) die Feiertagsbeihilfen ausgezahlt werden sollen, ungeachtet dessen, ob

die betreffenden Land besitzen oder nicht. Dieser Entschluß erfolgte auf die Eingabe einer Denkschrift seitens des Hauptvorstandes des Volkschullehrervereins. Nachstens soll eine neue einmalige Beihilfe in der Höhe von 50 Prozent für sämtliche Staatsbeamte erfolgen.

Die Grippe, eine Krankheit, die zu Ende des Weltkrieges massenhaft in ganz Europa austrat, ist wiederum seuchenartig in vielen Ländern Europas aufgetreten. So meldet man letzters aus England, daß im letzten Monat in 105 großen Städten 1262 Personen an der Grippe verstorben sind. Auch bei uns tritt die Krankheit im verstärkten Maße auf.

Die Lage der hungernden Gebiete Rußlands stellt sich nach den Angaben der Abordnung Nantens folgendermaßen da: Die Bevölkerung des Hungergebiets zählt bei 33 Millionen, wovon 19 in schrecklichen Verhältnissen leben: Der Amerikanische Hilfsausschuß ernährt kaum 800,000 Kinder und Erwachsene, 2,185,000 — werden von der Sowjetregierung versorgt. Für 6 Millionen wollen die Amerikaner noch Lebensmittel aufbringen. Die übriggebliebenen 10 Millionen soll Europa versorgen.

Sechzehn deutsche Waisenkinder aus Warschau sind in Lodz eingetroffen. Auf dem Warschauer Bahnhofe hatte sich zu ihrem Empfang eine zahlreiche Schaar deutscher Frauen, einige in Begleitung ihrer Ehegatten, eingefunden. Mit Geschenken aller Art reichlich ausgestattet, bereitete es ihnen ein ganz besonderes Vergnügen, die Kleinen zu besichtigen. Nur ein geringer Teil des Mitgebrachten konnte an Ort und Stelle verzehrt werden, das andere wurde mitgenommen. Groß war die Freude der Kinder, so viel Liebe entgegen zu dürfen. Außerdem war es, daß schöne Bild zu beobachten, daß die Kinder und die freundlichen Helferinnen aus Lodz auf dem Bahnhofe, vorboten die Wegzahl der Versammelten hätten sich am liebsten gleich einen der kleinen Säuglinge mitgenommen. Leider ging das nicht. Obwohl die Kleinen mit Gesundheitszeugnissen ausgestattet sind, will man sie jedoch, um a ea Epidemien aus dem Wege zu gehen, noch eine kurze Quarantäne durchmachen lassen. Damen und Herren begleiteten 9 Kinder nach dem evangelischen, 7 nach dem Kriegswaisenhaus.

Das Verhalten der Warschauer Behörden dem Kindertransport gegenüber war unermesslich lobenswert. Auch die Bahnhofsbeamten haben es an nichts fehlen. Der vorherige Bahnhofsleiter suchte sein Gegenkommen darzutun zu beweisen, daß er den den Kindern gerechten Tee zum halben Preise berechnete.

Der Hafen in Danzig ist infolge der anhaltenden starken Fröste zugeseoren. Der Dampferverkehr wird vermittels Eisbrecher aufrechterhalten.

Finlands Handel mit Polen. Zwecks Unterstützung der Handelsverbindungen zwischen Finnland und Polen ist vor kurzem in Helsinki eine finnisch-polnische Handelsgesellschaft gegründet worden, deren Aufgabe in erster Linie der Handel mit Rohwaren und Halbfabrikaten sein soll. Man beabsichtigt ferner, einen regelmäßigen Dampferdienst mit Danzig einzurichten und Vereinbarungen mit der polnischen Regierung zu treffen, nach welchen finnische Waren, die nach dem Balkan und dem Schwarzen Meer verkauft werden, Polen als Transitgüter passieren und dementsprechende Behandlung erfahren sollen.

Ueber das Deutschtum in Südamerika schreibt Prof. Rohrbach in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: „Deutsche Kolonisten gibt es in Argentinien und Paraguay kaum. Man rechnet dort zirka 40000 Deutsche und Deutschstämmige, deren größter Teil in Buenos Aires (der Hauptstadt Argentiniens) lebt. Die große Mehrheit dieser Deutschen geht auf die Einwanderung von 1820 bis 1850 zurück.“

und die Revolution in Deutschland geschaffenen neuen Verhältnissen mit großer Abneigung gegenüber. Das spricht sich z. B. schon in dem Mißtrauen und der Abneigung aus, mit denen Ankömmlinge aus Deutschland betrachtet werden. Das Deutschtum in Brasilien und Chile hat, weil es in einer geschlossenen Masse lebt, eine entwicklungsfähige Zukunft. Nur im Staate Parana, wo die Deutschen hauptsächlich in Städten leben, hat die Entdeutschung stark um sich gegriffen. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, daß durch Zuzug von deutschen Kolonisten aus dem überbevölkerten Staate Rio Grande das Deutschtum sich bedeutend kräftigen wird.

Amerikanische Milch. Die Behörden entdeckten in Superior im Staate Wisconsin eine geheime Schnapsbrennerei, wohl die größte, die bei dem Alkoholverbotgesetz in Betrieb gewesen ist. Die Brennerei war in der Prairie in der Erde eingegraben, ziemlich entfernt von bewohnten Orten. In derselben arbeiteten über 300 Arbeiter, wovon ein Teil in unterirdischen Wohnungen bei der Fabrik wohnte. Die Rohprodukte wurden auf Lastautos, meist nachts hingeschafft, und es waren Vorräte noch für mehrere Monate vorhanden. Die fertige Ware wurde in Milchkannen auf gewöhnlichen Milchwagen nach den umliegenden Bahnstationen geschafft und als Milch verandt. Der Schnaps ist meist in New York, Chicago und den Hafenorten verkauft worden. Dem Getränk war eine Farbsubstanz beigefügt, durch welche es auch ein milchähnliches Aussehen erhielt. Die Polizei kam in Chicago hinter den Schwindel, wo in kleinen berückelten Kaffees die Gäste nach dem Genuß der Milch in kurzer Zeit schwer betrunken die Lokale verließen. Die Fabrik wurde geschlossen, alle Vorräte vernichtet und die Arbeiter in Haft gesetzt. Der Eigentümer der Fabrik war nicht zu finden.

Deutschland ist laut dem Verträge von Versailles verpflichtet, 35,100 Pferde im Laufe der Jahre 1921, 1922 und 1923 an den Freistaat Polen abzugeben. Im vergangenen Jahr empfangen die Vertreter der polnischen Regierung bereits 9315 Pferde, im Jahre 1922 sollen 12850, im Jahre 1923 — 12935 Pferde an Polen abgegeben werden. Die Pferde werden bis zur Bahnstation Gajewo gebracht und sind beschmiedet und mit einem Zaum versehen.

Die deutsche Regierung beabsichtigt in den Städten Lodz, Krakau und Lemberg Konsulate zu eröffnen, da infolge des belebten Handelsverkehrs deren Eröffnung unumgänglich notwendig erscheint.

Die im Norden Frankreichs durch den Krieg zerstörten Gebiete umfaßten Ende des Jahres 1918 — 350,000 Hektar, niedergeschossen und verbrannt waren bei 50,000 Häuser, 200 Dörfer sind gänzlich vom Erdboden verschwunden. Gegenwärtig wurden schon bei 300,000 Hektar durch Pflugmotoren gleichgemacht und sogar bei 200,000 mit Saat bestellt. Es werden jedoch Jahre vergehen, bis alles in den alten Stand kommen wird.

Auf der Warschauer Getreidebörse wurde am 27. Januar für größere Mengen Getreide mit Zustellung zur Bahnstation für einen metrischen Zentner (100 Kilogramm = 244 Pfd.), gezahlt: für Weizen 11500, Roggen 8050, Hafer 7500, weißen Kleesamen 85000, Roggenkleie 5150 Mk.

Die ausländischen Geldwährungen blieben im Laufe der vergangenen Woche ohne große Änderung; so zahlte man am:

	24. 1.	26. 1.	28. 1.
1 Dollar	3345 Mk.	3370 Mk.	3460 Mk.
1 Pfd. Sterling	14225 „	14275 „	14700 „
1 franz. Frank	270 „	275 „	289 „
1 deutsche Mark	16 „	16 1/2 „	17 „

Wochenschau.

Inland. Professor Buzek, der auch zugleich Sejmabgeordneter und Konsistorialrat ist, hat einen neuen Gesetzesentwurf über die neuen Sejmwahlen ausgearbeitet und dem Sejm zur Annahme unterbreitet. Dieses Gesetz ist so gehalten, daß es den Volksminderheiten, die zerstreut im Lande wohnen, unmöglich sein wird, einen Abgeordneten für sich zu wählen. Ganz besonders würden wir Deutschen davon betroffen werden: denn statt etwa 30 Abgeordneten, die uns nach unserer Gesamtzahl im ganzen polnischen Staate zukämen, würden wir kaum zwei oder drei Abgeordnete durchbringen. Die Gleichberechtigung, die uns feierlichst in der Verfassung vor aller Welt zugesagt worden ist, wird damit durch eine Hintertür wieder aufgehoben. Wenn dies Gesetz im Sejm angenommen wird, wäre es besser, wir würden uns bei der Wahl der Stimmenabgabe ganz enthalten.

Die Frage über Ostgalizien wird immer mehr in den Zeitungen besprochen. Nach dem Vertrag von Secres soll wir schon in der vorigen Nummer berichteten, Ostgalizien selbständig werden, also nicht zu Polen als eine Provinz gehören. Dieser Vertrag ist aber von Polen noch nicht unterzeichnet worden, sondern einstimmen nur von der Entente, von Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Um Gesetzeskraft zu erlangen, müßte er vom Völkerbunde unterzeichnet und registriert werden.

In Oberschlesien sind die Wirtschaftsverhandlungen fast beendet. Die Unterausschüsse 11. und 12. werden ihre Arbeiten in Genf abschließen. Präsident Calonder hat die polnischen und deutschen Delegationen zu diesem Zwecke zum 12. Februar nach Genf eingeladen.

Ein polnisch-französischer Wirtschaftsvertrag steht nahe vor seinem Abschluß. Wahrscheinlich wird unser Außenminister Skirmunt zu diesem Zwecke Anfang Februar nach Paris fahren. Bis jetzt wollten die polnischen Naphthaindustriellen die von Frankreich verlangten Zugeständnisse nicht annehmen. Auch wollte man auf die Einfuhr französischer Luxuswaren, die von Frankreich ebenfalls verlangt wurde, nicht eingehen. Nun aber wird die politische Lage Polen zur Annahme der französischen Forderungen zwingen, da erst nach Unterzeichnung des Wirtschaftsvertrages das politische und militärische Abkommen zwischen Frankreich und Polen in Kraft treten kann und ohne dieses die Aussicht auf Aufnahme Polens in den französisch-englischen Garantievertrag von vornherein so gut wie ausgeschlossen wäre. Wir werden also sehr wenig Naphtha im Lande haben und sie abendrein noch recht teuer bezahlen müssen, dafür aber unser Land von unnötigem französischen Tand überfluten lassen, wodurch das für die Naphtha erhaltene Geld wieder aus dem Lande hinausgeht.

Auch der Handelsvertrag mit Rußland soll in den nächsten Wochen zum Abschluß kommen. Unsere Industrie, die ganz und gar für das russische Absatzgebiet eingerichtet war und es auch noch jetzt ist, hat nicht die Möglichkeit, auf dem Marke Westeuropas mit den dortigen Fabriken in Wettbewerb zu treten, sie ist also auch weiter auf den Verkauf ihrer Waren nach Rußland angewiesen. Dafür erhielten wir früher die uns so sehr notwendigen Rohstoffe. Wenn in Rußland Ordnung und Ruhe herrschen würde, wäre dieses Abkommen schon zum Abschluß gekommen.

Wie wir erfahren haben, hat die Luthertische Wiskonfin-Synode in Nordamerika beschlossen, einen amtlichen Vertreter auf mehrere Monate nach dem ehemaligen Kongress-

nuar abreisen, um mehrere Monate in Lodz zu bleiben. Die Wiskonfin-Synode und die Missouri-Synode (beide evangelisch) gehören zur Synodalkonferenz. Es besteht Lehreinigkeit, wenn auch in der Wiskonfin-Synode ein mehr liberaler Geist vorherrscht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß unsere Evangelisch-Lutherischen von Lodz und Kongresspolen überhaupt den geschätzten Gast aus Amerika warm begrüßen und ihm den Aufenthalt in unserem Lande so gestalten werden, daß er den rechten Eindruck von unsern Nöten davontragen wird.

Wie ungeduldig gewisse Kreise in unserem Lande sind, geht aus folgendem Aufruf des „Kurjer Poznanski“ hervor: Wir wenden uns an alle Lokale und Hotels, sie möchten alle ohne Ausnahme Ausschristen anbringen: „Juden ist der Eintritt verboten“. In allernächster Zeit werden wir, um die Aufmerksamkeit des Publikums darauf zu lenken, in unserem Blatte ein Verzeichnis jüdischer Läden einführen, sowohl derjenigen, die unter offenem Namen auftreten, wie auch derjenigen, die die semitische Abstammung unter nichtsagenden Firmen verstecken.“ So weit der „Kurjer Poznanski.“ Dazu schreibt der „Nowy Dziennik“: All dies geschieht in einem konstitutionellen Staate im Jahre des Heils 1922.

Paderewski, der nach dem Sturz seines Kabinetts im Jahre 1920 nach Amerika gefahren war, ist nun wieder nach Polen zurückgekehrt.

Deutschland will sich zusammen mit andern Großmächten an dem Wiederaufbau Rußlands beteiligen, um sich dort ein Absatzgebiet für seine Industrieerzeugnisse zu sichern. Lenin hat Rathenau nach Moskau eingeladen.

Deutschland mußte das Saargebiet (westlich vom Rhein) auf 15 Jahre an Frankreich abtreten. Dieses hat dort seine Verwaltung eingeführt, die aber so willkürlich schaltet und waltet (eine Volksvertretung gibt es nicht) daß die dortigen Deutschen sich an den Völkerbund mit einer Bille um Abhilfe wandten. Der Völkerbund ordnete eine Untersuchung an, und — alles blieb beim alten. . . .

In deutschen politischen Kreisen rechnet man ernsthaft damit, daß gegenwärtig, wo Poincaré an der Spitze der Regierung steht, zwischen Frankreich und Deutschland ein gewaltiger Kampf beginnen werde. Jeder Deutsche weiß, so erklärte der Zentrumsführer Braun, daß Poincaré versuchen wird, den Deutschen den Platz an der Sonne streifen zu machen. Andererseits aber ist auch jeder Deutsche davon überzeugt, daß die gesunde Vernunft der anderen Völker und das Streben nach endlicher Regelung der Lebensverhältnisse in Europa diesen Versuch vereiteln werde.

In Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg kam es am 27. Januar zu großen Kundgebungen der Arbeitslosen. In Lichtenberg wurden von der Menge die Läden geplündert. In Berlin befürchtet man weitere Unruhen. Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung am 28. Januar 31 Millionen Goldmark der Entente eingezahlt hat als weitere Abzahlung der Kriegssühnegelder.

Frankreich tritt in letzter Zeit so anmaßend auf, daß es alle andern Staaten, vor allem England, Italien und mehrere Kleinstaaten, gegen sich aufgebracht hat. Die italienischen Zeitungen werfen Frankreich vor, daß es nach der Alleinherrschaft im Mittelmeere strebe. Die Kleinstaaten wollen dagegen mit Italien und Spanien ein Bündnis schließen. Auch die amerikanischen Zeitungen schägen gegen Frankreich einen immer schärferen Ton an.

Rumänien. Zwischen Serbien und Rumänien soll ein militärisches Abkommen getroffen werden. Eine rumänische Militärmission ist in Belgrad

soll am 20. Februar in Bukarest, der Hauptstadt Rumäniens, eintreffen, um sich mit der rumänischen Fürstin Marie zu verloben.

Italien. Die Beisetzung des verstorbenen Papstes Benedikt XV. soll am 2. Februar erfolgen. Am 30. Januar haben in unserem Lande große Trauerfeierlichkeiten stattgefunden. Die Kardinäle treten am selben Tage zum Konklave, d. h. zur Wahl eines neuen Papstes zusammen. Zu diesem Zwecke bekommt jeder Kardinal eine besondere Zelle, zu denen der Eingang vermauert wird. Die Kardinäle bleiben solange eingeschlossen, bis sie die Papstwahl vollzogen haben. Das Essen wird ihnen durch ein Fensterchen hingebracht. Wenn einer von den Kandidaten zwei Drittel aller Stimmen erhält, so gilt er als gewählt. Die Stimmzettel werden im Ofen der Kapelle verbrannt. Wenn dann die draußen harrende Menge Rauch aus dem Schornstein der Kapelle aufsteigen sieht, so ist dies ein Zeichen, daß der neue Papst gewählt ist.

Rußland. Der Hunger ist tatsächlich so weit gestiegen, daß Mütter ihre eigenen Kinder töten und verzehren. Ein soeben aus Rußland zurückgekehrter Freund unseres Blattes erzählte, daß das, was wir in den Zeitungen lesen, kaum der hundertste Teil davon ist, was dort wirklich geschieht. Das ganze Volk ist gegen die bolschewistische Regierung im höchsten Grade erbittert, ist aber so durch die blutigen Massenhinrichtungen eingeschüchtern, daß es von selbst nichts unternimmt, sondern Hilfe von auswärts erwartet. Armes Volk!

Oesterreich steht, wenn ihm nicht Hilfe gebracht wird, vor seinem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das Kabinett ist deshalb zurückgetreten. Die Ententemächte wollen ihm eine Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling gewähren.

Vermischtes.

Wunderbare Entdeckung einer Biologin. Neuerdings hat Dr. Agnes Bluhm bei der weißen Maus eine verschiedene Lebenstätigkeit der männlichen und der weibchenbestimmenden Samenfasern nachgewiesen: durch Alkoholvergiftung des jugendlichen Männchens wird die Zahl der männlichen Nachkommen beträchtlich erhöht, was wohl nur so zu erklären ist, daß im allgemeinen die männchenbestimmenden Samenfasern rascher aus der Alkoholartose erwachen und so im Wettbewerb um die Befruchtung des Eies den Sieg davontragen. Dadurch ergab sich eine bedeutende Ueberproduktion von männlichen Nachkommen. Diese Entdeckung ist von größter Bedeutung für die Frage der Geschlechtsbestimmung und Beeinflussung.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
M. B. 6. Petrikauer Straße 88.

Für meine 20jährige Verwandte, Besitzerin einer kleinen Grundwirtschaft in Ost-Galizien, evangelisch, gesund, normal entwickelt, suche ich einen

strebsamen Lebensgefährten.

Zuschriften mit Bild erbeten unter „Glückliche Zukunft“ an die Verwaltung des Blattes.

Viel Geld

eripieren Sie sich, wenn Sie Ihre nötigen landwirtschaftlichen Maschinen für die Frühjahrbestellung oder eine Erntemaschine oder Häckselmaschine nur bei **Edmund Nikel, Lodz, Petrikauerstr. 23** kaufen.

Heute billiger als je
Milch-Separatoren
für 30 bis 120 Liter Stundenteilung, empfehl. Netz ab Lager